

LNV

Landesnatschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Rundschreiben 4/2006



**Bilder vom LNV-
Zukunftsforum 2006**



Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e.V., anerkannter Naturschutzverein nach § 67 NatSchG
Olgastr. 19
70182 Stuttgart
Tel.: 0711/248955-20
Fax: 0711/248955-30

e-mail info@lnv-bw.de
Internet: <http://www.lnv-bw.de>
BW Bank Stuttgart
Konto Nr. 2 039 990, BLZ 600501 01

Nahverkehrsanschluss
Stadtbahnhaltestelle Olgaack
3 Stationen ab Hauptbahnhof
mit U5, U6 oder U7

Umlauf des LNV-Rundschreibens:

Name	weitergegeben am	Bemerkungen
AK-Sprecher/in		
Stellvertreter/in		

Inhalt

VORWORT		5
1 AUS DER ARBEIT DES LNV		7
1.1	Zwei EU-Beschwerden des LNV nun abgeschlossen	7
1.2	Wie soll es mit den Pflege- und Entwicklungsplänen weiter gehen?	7
1.3	Erfolgreiches Zukunftsforum zum Thema Waldnutzung	8
1.4	LNV nimmt am „Umweltabend mit Umweltpartnern“ des Landes teil	8
1.5	Entbürokratisierungsinitiative gescheitert	8
1.6	Bündnis gegen Laufzeitverlängerung KKW Neckarwestheim	9
1.7	Keine Förderung von Gewerbegebieten auf unversiegelten Flächen!	9
2 LANDESTHEMEN		10
2.1	„Heimlicher“ Anbau von GVO-Pflanzen	10
2.2	Ministerium Ländlicher Raum äußert sich zu Klimafolgen für den Wald	10
2.3	KLIWA-Projekt soll fortgeführt werden	10
2.4	Kritik am Klima-Engagement der Landesregierung	11
2.5	Umweltministerium will Abfälle vermehrt energetisch nutzen	11
2.6	Schlechte Verhandlungen des Landes mit der Bahn?	12
2.7	Neue Messstellen für Feinstaub und Stickoxyd	12
3 BUNDES- UND EUROPATHEMEN		13
3.1	Ultimatum für EU-Autohersteller in Sachen CO2-Ausstoß	13
3.2	Umweltverbände fordern strenge Kriterien für die Übertragung von Naturschutzflächen des Bundes an die Länder	13
3.3	BUND-Ranking zur Feinstaub-Bekämpfung in deutschen Kommunen	14
3.4	Mega-Plantagen für nachwachsende Rohstoffe in Südostasien	14
3.5	Silizium bleibt knapper Rohstoff – CIS-Solarmodule als Alternative	15
3.6	Naturobjekte des Jahres	15
3.7	„KomPass“ gestartet	16
3.8	Biogas-Boom in Europa hält an	16
3.9	Viele baden-württembergische Preisträger im Klimaschutzwettbewerb	17
4 GESETZE, VERORDNUNGEN, URTEILE		18
4.1	Gesetz zur Beschleunigung der Planung von Infrastrukturvorhaben	18
4.2	Umweltgesetzbuch in Vorbereitung	18
4.3	Klage gegen Fildermesse abgewiesen	19
5 LNV – INTERN		20
5.1	LNV-Termine	20
5.2	Informationen der Geschäftsstelle	20
5.3	Besetzung von Gremien / Personalien	21
5.4	Neue LNV-Veröffentlichungen	21
6 WETTBEWERBE, AKTIONEN, TERMINE, VERANSTALTUNGEN		23
6.1	Wettbewerbe und Aktionen	23
6.2	Termine und Veranstaltungen	25
7 SONSTIGES		26
7.1	Markus Rösler wird Parlamentarischer Berater bei den GRÜNEN	26
8 VERÖFFENTLICHUNGEN/LITERATUR/INTERNET		27

Rundschreiben Stand: 13.12.06

Herausgeber: Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V.,
Olgastrasse 19, 70182 Stuttgart,
Fon: 0711/24 89 55 20 / Fax: 0711/ 24 89 55 30,

e-mail: info@lnv-bw.de, Internet: www.lnv-bw.de

**Redaktionsschluss für das nächste LNV-Rundschreiben ist
der 24.2.07**

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Naturschützerinnen und Naturschützer,

im politischen Raum gibt es Ereignisse, die in den Medien größte Beachtung finden, über deren Bedeutung für das Wohlergehen unserer Gesellschaft man aber trefflich streiten kann. Es folgen intensive Diskussionen und Auseinandersetzungen - häufig mit dem Ergebnis, dass unerwünschten Auswirkungen gegengesteuert wird und Annäherungen versucht werden.



Ganz anders bei jenen Begebenheiten, die ohne besonderen "Knalleffekt" ganz allmählich, dafür aber langfristig ihre Wirkung erzielen und auf nur wenig öffentliche Aufmerksamkeit stoßen. Zu diesen muss man sicherlich die "Große Verwaltungsreform" des ehemaligen Ministerpräsidenten zählen. Von den Machern – von Herrn Teufel selbst und den Landräten vor allem - groß gepriesen als Meilenstein auf dem Weg zur bürgerfreundlichen Verwaltung, wurde das Werk bei seinem Inkrafttreten nur in wenigen Fachmedien kontrovers und ausführlich diskutiert, den Normalverbraucher hat es dagegen kaum interessiert. Große Änderungen konnten die angehörten Träger öffentlicher Belange deshalb auch nicht bewirken.

Zwei Jahre nach Reformbeginn wird jedoch auch einer breiteren Öffentlichkeit die wirkliche Absicht und Wirkung dieser Reform klar: Wirkliches Ziel – und das schließe ich aus den Auswirkungen für den Natur- und Umweltschutz - war in erster Linie nicht Bürokratieabbau und Bürgerfreundlichkeit, sondern die Ausschaltung einer noch weitgehend unabhängigen, weil unter fachlichen Gesichtspunkten handelnden Verwaltungsebene. Gestärkt werden sollten stattdessen Kommunen und Landkreise. Bezirksstellen (BNL), Gewässerdirektionen, Forstämter (mit ihren vielen Naturschutzbeauftragten) hatten bis dato nämlich den Auftrag, ihre fachlich gut begründeten Stellungnahmen in den Diskurs einzubringen. Damit allerdings haben sie oft den Vorhabensträgern Grenzen gesetzt.

Wir hatten in unserer umfangreichen Stellungnahme zur Verwaltungsreform im Herbst 2004 vieles von dem vorausgesehen, was inzwischen zur Gewissheit geworden ist. Und wir haben bei unseren im ganzen Land präsenten Arbeitskreisen nachgefragt, was sich aus deren Sicht in den Natur- und Umweltschutzverwaltungen und hinsichtlich deren Zusammenarbeit geändert hat. Wie es „schleichende Prozesse“ so an sich haben, sind die Auswirkungen noch nicht überall in vollem Umfang quantifizierbar, in einigen im Sinne des Reformfinders besonders „tüchtigen“ Landkreisen dafür umso deutlicher: Entscheidungsprozesse laufen weitgehend innerhalb der Verwaltung ab, so dass es dem Außenstehenden nicht mehr möglich ist, die Argumente für und gegen ein Vorhaben wahrzunehmen und die am Ende tatsächlichen Entscheidungsgründe nachzuvollziehen. Fachleute, die früher für mehrere Landkreise zuständig waren, sitzen jetzt - teilweise auch betraut mit einem fachfremden Sachgebiet - in *einem* Landratsamt, so dass deren Wissen für alle anderen außerhalb des jeweiligen Landkreises verloren geht. Am schlimm-

sten wirkt sich jedoch die Umsetzung der so genannten 20-prozentigen "Effizienzrendite" aus: Bis 2012 soll ein Fünftel des Personals eingespart werden. Gerade im Natur- und Umweltschutz, der mit der Umsetzung von Natura 2000 und der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zwei Mammutprojekte zu bewältigen hat, führt dies jetzt schon zu untragbaren Zuständen. Dass das Land nun versucht, dieses Defizit mit Hilfe von auf zwei Jahre befristeten Arbeitsverträgen zu kaschieren - wobei in jedem Einzelfall ein vielmonatiger Einarbeitungsaufwand entsteht - verdeutlicht nur noch mehr die bisherige Hilflosigkeit des Landes.

Ich hoffe sehr, dass die Ankündigung des Ministerpräsidenten, Fehlentwicklungen dieser Reform korrigieren zu wollen, von ihm im kommenden Jahr wirklich in die Tat umgesetzt wird. Der LNV jedenfalls wird ihm seine Erkenntnisse und praktikable Korrekturvorschläge schriftlich und in aller Klarheit auf den Tisch legen.

Ich schließe dieses Vorwort zu unserem letzten LNV-Rundschreiben des Jahres 2006 mit meinen guten, herzlichen Wünschen für Sie alle: Ich wünsche Ihnen schöne und erholsame Weihnachten. Das nächste Jahr möge Ihnen und uns allen eine Chance geben, unseren Zielen beim Schutz unserer Natur und bei der Vorsorge für eine lebenswerte Zukunft der nächsten Generationen ein gutes Stück näher zu kommen. Wir haben – das ist mein fester Glaube – diese Chance, wenn wir alle auch weiterhin zusammen stehen! Wenn dies über die Grenzen unserer Mitgliedsverbände hinaus und auch gemeinsam mit den anderen großen Verbänden außerhalb des LNV geschieht, werden wir auch unsere politische Kraft weiter stärken können. Dies ist meine Hoffnung, mein ganz persönlicher Wunsch und mein Ansporn.

Letzte Gelegenheit ist hier für mich auch, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Geschäftsstelle für ihren beispielhaften Arbeitseinsatz zu danken. Ich danke Frau Christine Lorenz-Gräser, Frau Dr. Anke Trube, Frau Christa Krämer, Frau Annette Schade-Michl und Herrn Martin Zorzi für die hervorragende Mischung aus Geist, Begeisterung und Fleiß, die Ihre Arbeit für den LNV kennzeichnen. Die Erfolge des LNV sind in großem Maße ihr Erfolg!

Es grüßt Sie herzlich Ihr



Reiner Ehret
Vorsitzender

1 Aus der Arbeit des LNV

1.1 Zwei EU-Beschwerden des LNV nun abgeschlossen

Die EU hat ihr großes Vertragsverletzungsverfahren 1995/2225 gegen Deutschland wegen unzureichender Gebietsmeldungen nach der FFH-Richtlinie nun abgeschlossen, nachdem Deutschland zwischenzeitlich ausreichend Gebiete als FFH-Vorschlagsgebiete ausgewiesen habe.

Damit sind auch zwei vom LNV angestregte EU-Beschwerden mit Schreiben der EU vom 25.10.06 abgeschlossen worden, die seinerzeit in die Sammelklage als einzelne Beispiele aufgenommen wurden.

Dies betrifft zum einen die LNV-Beschwerde 1999/4272 zur BAB A 96 Leutkirch-Düren/Landkreis Ravensburg (mangelhafte Ausweisung von FFH-Gebieten wegen Rücksichtnahme auf den geplanten Lückenschluss der Autobahn einschließlich einer zusätzlichen Rastanlage bei Düren zwischen dem FFH-Gebiet der Argen und weitem Niedermooren).

Zum anderen betrifft dies die LNV-Beschwerde 1997/4465 zur Umwandlung des ehem. NATO-Flughafens Söllingen/Landkreis Rastatt in einen Regionalflughafen (unter teilweiser Zerstörung von Borstgrasrasen u.a.).

1.2 Wie soll es mit den Pflege- und Entwicklungsplänen weiter gehen?

Mit gemeinsamem Schreiben vom 8.11.2006 haben sich LNV, BUND und NABU nochmals an Minister Hauk gewandt und ihre Haltung für die Zukunft der Pflege- und Entwicklungspläne (PEPL) von Natura 2000-Gebieten mitgeteilt.

Darin halten wir an unserer Forderung nach einer Prioritätenliste fest. Diese Prioritätenliste soll die PEPL nach ihrer Wichtigkeit sortieren, gemessen an der Bedrohung der Gebiete durch Schädigung und Zerstörung ihrer Schutzzwecke, also Arten und/oder LRT.



Die LNV-Forderung nach sofortiger Festlegung vorläufiger Erhaltungsziele (getrennt von den PEPL und ihren Erhaltungsmaßnahmen) ist laut vorhergehendem Antwortschreiben des Ministers vom 21.08.06 für die meisten Natura 2000-Gebiete bereits erfolgt. Damit die „vorläufigen Erhaltungsziele“ Rechtsverbindlichkeit erlangen und jedem Bürger, jeder Gemeinde und jedem Planungsbüros zugänglich sind, bitten die drei Naturschutzverbände um deren Veröffentlichung im Gesetzblatt, im Internet und gern auch als CD-ROM.

Minister Hauk hatte unseren Vorschlag des Bausteinprinzips abgelehnt, u.a. weil dadurch ein Kartierungsvorgang in mehrere aufgesplittet würde, was ineffizient sei. Auch müssten mehrere Beteiligungsverfahren durchgeführt werden. Für die Landnutzer wäre ein Gesamtkonzept nicht erkennbar. Zielkonflikte bei den Erhaltungszielen drohten unerkannt zu bleiben. Der LNV hat den Minister nun auf seinen eigenen Widerspruch hingewiesen, wenn die Kartierungen für die PEPL wie geplant im Waldbereich im Rahmen der Forsteinrichtung erfolgen sollen. Bereits jetzt stößt die strikte Separierung der PEPL-Kartierungen zwischen Wald- und Offenlandbereich auf Unverständnis der Naturschutzverbände.

LNV, BUND und NABU stimmen mit dem Minister darin überein, dass stark bedrohte Arten zentral über die LUBW und vorab kartiert werden sollten und die Daten dann

nur noch in die PEPL übernommen zu werden brauchen. Warum dies nicht auch für besonders bedrohte Lebensraumtypen möglich sein soll, erschließt sich nicht. Ein Problem ergibt sich, weil die Naturschutzverbände bislang im Rahmen des Artenschutzprojektes keinen Informationszugang haben, weder zu Arten, die ins Artenschutzprogramm aufgenommen wurden oder werden und aktuell bearbeitet werden, noch zu Kartierungsumfang oder Pflege- und Schutzmaßnahmen, die umgesetzt werden.

Im übrigen betont der LNV in seinem Schreiben, dass er bei Kartierung und Bewertung keine Einsparmöglichkeiten sieht, nachdem sich das Land in den Jahren seit Inkrafttreten von Vogelschutz- und FFH-Richtlinie (1979 und 1992) nicht darum bemüht hat, landesweite Bestandserhebungen durchzuführen. Diese Lücke lässt sich nicht durch Einsparungen bei Kartierungen schließen.

Keine Einsparmöglichkeiten sehen wir auch bei den fachlichen Vorgaben zur Erhebung und Bewertung. Diese dürfen keinesfalls reduziert werden, weil sie bereits jetzt das fachlich notwendige Maß unterschreiten.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit warnen wir ebenfalls dringend vor Einsparungen. Das Land trägt gemeinsam mit dem Bund durch seinen Versuch des „Aussitzens“ der europäischen Naturschutzvorgaben die maßgebliche Verantwortung dafür, dass Gemeinden, Wirtschaft und Grundstücksbesitzer sich von FFH- und Vogelschutz-Richtlinie „überfahren“ und bevormundet fühlen und der Naturschutz einen erheblichen Akzeptanzschaden erlitten hat.



1.3 Erfolgreiches Zukunftsforum zum Thema Waldnutzung

Ein voll gefüllter Saal, aufschlussreiche Vorträge von hochkarätigen Referenten und eine spannende, sehr offene und lehrreiche Diskussion – so lässt sich in wenigen Worten das Ergebnis des LNV-Zukunftsforums 2006 zusammenfassen, das am 14. Oktober im Stuttgarter Haus der Architekten stattfand. Erfreulich: Zwischen LNV und Forstkammer wurde vereinbart, sich auch zukünftig auszutauschen und sich um gemeinsame Lösungsmöglichkeiten anstehender Probleme zu bemühen.

1.4 LNV nimmt am „Umweltabend mit Umweltpartnern“ des Landes teil

Am 19. Oktober 2006 ist der LNV der Einladung von Umweltministerin Tanja Gönner zum ersten Umweltabend der Umweltpartner des Landes gefolgt. Mehr als 120 Vertreterinnen und Vertreter von Umweltverbänden und Kommunalverbänden sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft diskutieren über aktuelle Herausforderungen in der Umweltpolitik und die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Laut Ministerin sollen im Dialog unterschiedliche Standpunkte ausgetauscht und gemeinsam Positionen und Zielsetzungen gefunden werden.

1.5 Entbürokratisierungsinitiative gescheitert

Im Herbst letzten Jahres hatten sich NABU und LNV mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden getroffen, um gemeinsam Vorschläge für weniger Bürokratie zu erarbeiten. Trotz hoffnungsvollem Start und großem Interesse des Staatsministeriums hat der Vertreter des Bundesverbandes Mittelständischer Wirtschaft seine Weiterarbeit im Projekt aufgekündigt. LNV und NABU zeigten sich sehr enttäuscht und hoffen auf Einsicht bei den Wirtschaftsvertretern und einer Wiederbelebung des Projekts.

1.6 Bündnis gegen Laufzeitverlängerung KKW Neckarwestheim

Ein breites Bündnis von Naturschutzverbänden, darunter auch der LNV, hat das Bundes-Umweltministerium jetzt aufgefordert, den Antrag für die Laufzeitverlängerung für Neckarwestheim 1 abzulehnen. Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V. (BBMN), die NaturFreunde in Baden-Württemberg e.V., der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. (LNV), der Naturschutzbund Baden-Württemberg (NABU) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) sehen darin eher eine „Risikozeitverlängerung“. Der Versuch der EnBW, dies als „Klimaschutzmaßnahme“ zu verkaufen, bewertet das Bündnis als bloße Augenwischerei, da selbst die atomfreundliche Internationale Energie Agentur in ihrem Weltenergieausblick 2006 zeige, dass die Atomenergie nur ein geringes Potenzial für den Klimaschutz darstelle. Deren Klimaschutzpotenzial liege hinter der Energieeinsparung, dem Brennstoffwechsel bei Kraftwerken und den regenerativen Energien. Das Bündnis bezweifelt, dass die EnBW die Hälfte ihrer Erträge aus einer Laufzeitverlängerung für die Förderung der erneuerbaren Energien einsetzen würde, wie Ministerpräsident Günther Oettinger verspricht und hält dies für ein „Rattenfänger-Angebot“. Neckarwestheim 1 ist seit 30 Jahren in Betrieb und gehört zu den ältesten Atomkraftwerken in Deutschland und zu denen mit dem größten Unfallrisiko.



Die Umweltverbände rufen auch die Bürger auf, ihre Verträge mit den Atomstromproduzenten zu beenden und zu atomstromfreien Anbietern zu wechseln. Siehe dazu auch unser Hinweis im Kapitel 6.1

1.7 Keine Förderung von Gewerbegebieten auf unversiegelten Flächen!

Der Landesnaturschutzverband hat zum Operationellen Programm der Umsetzung der Wirtschaftsförderung 2007 - 2013 eine erneute Stellungnahme abgegeben. Der Landesnaturschutzverband begrüßt es, dass die Bereitstellung von Flächen für Gewerbebetriebe vorrangig auf vorhandenen Flächen stattfinden soll. Projekte, die auf Flächen verwirklicht werden sollen, die keiner FFH-Verträglichkeitsprüfung unterzogen wurden oder im Bereich eines 100-jährigen Hochwassers liegen, lehnt der LNV ab, ebenso die Förderung auf solchen Gemeinden, die noch keinen Flächennutzungsplan besitzen.

2 Landesthemen

2.1 „Heimlicher“ Anbau von GVO-Pflanzen

Zwischen 1998 und 2004 haben in mindestens 13 Gemeinden Baden-Württembergs Anbauversuche mit gentechnisch verändertem Mais stattgefunden, ohne dass die Öffentlichkeit davon wusste. Die betroffenen Gemeinden sind Buggingen, Eckartsweiher, Freiburg, Lichtenau, Neckarmühlbach, Walldorf, Aulendorf, Bönningheim, Landenburg, Linx, Menzingen, Wolpertshausen und Schwäbisch Hall

Besonders unverantwortlich ist hierbei, dass Landwirte und Imker, die in unmittelbarer Nähe zu den Versuchsfeldern produzierten, nicht über das Risiko einer Kontamination ihrer Erzeugnisse mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) informiert wurden. GVO stellen eine Existenzbedrohung für Ökobauernhöfe dar, da ihre Produkte gentechnikfrei sein müssen.

2.2 Ministerium Ländlicher Raum äußert sich zu Klimafolgen für den Wald

Nach Einschätzung des MLR verläuft der Klimawandel dynamischer als erwartet. Die Prognosen für einen Anstieg der durchschnittlichen Jahrestemperatur liegen zwischen 1,5 und sechs Grad Celsius. Im vergangenen Jahrhundert ist die Temperatur weltweit um 0,7 Grad Celsius angestiegen. Die Verbreitung der meisten Baumarten in Europa werde begrenzt von der Temperatur und den verfügbaren Niederschlägen (Bodenfeuchtigkeit). Das seien genau die Klimavariablen die sich wahrscheinlich ändern werden. Laut Minister Hauk „ist der Wald, was die Witterung betrifft, ein recht



robustes Ökosystem“. Entscheidend für den Einfluss des Klimawandels auf den Wald sei die Geschwindigkeit der Klimaveränderung. Schreite sie rascher als die Anpassungsfähigkeit der Baumarten voran, habe das gravierende Folgen für den Wald und stellt die Anpassungsfähigkeit unserer Wälder auf eine harte Probe.

Ein Umschwenken auf andere Baumarten hält das MLR angesichts der Tatsache, dass niemand vorher sagen könne, in welchem Ausmaß und wie rasch das Klima sich wirklich verändert, für verfrüht. Das gälte ganz besonders auch unter dem Aspekt, dass wir im Wald Umtriebszeiten von über 200 Jahren haben. Man will nun neben einer stetigen Erhöhung der Biodiversität die Klimaentwicklung genau beobachten, gegebenenfalls die Waldbaukonzepte anpassen.

2.3 KLIWA-Projekt soll fortgeführt werden

Seit 1999 untersuchen Baden-Württemberg und Bayern gemeinsam mit dem Deutschen Wetterdienst im Projekt KLIWA die Auswirkungen der Klimaänderung auf den Wasserhaushalt in Süddeutschland. Die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) und der Deutsche Wetterdienst führen dieses Projekt gemeinsam durch. Die einzelnen Teilprojekte des Vorhabens werden von den Ländern und dem DWD finanziert. Die jährlichen Gesamtkosten betragen ca. 650.000 Euro.

Ergebnisse der Untersuchungen belegen, dass künftig im Winterhalbjahr eine Zunahme der Gebietsniederschläge zu erwarten ist und damit häufiger mit kleinen und mittleren Hochwasserereignissen gerechnet werden muss. Die Höhe seltener Hochwasser wird deutlich ansteigen (zum Beispiel das 100-jährliche Hochwasser um 15 - 25 Prozent). Auch wird die Anzahl der Sommertage und der heißen Tage in Süddeutschland deutlich steigen, wodurch sich die Niedrigwassersituation an einigen Flüssen verschärfen wird. Bei der Grundwasserneubildung ist bedingt durch die Zunahme der Niederschläge im Winterhalbjahr eher mit einer Verbesserung zu rechnen, wobei es auch hier lokal große Unterschiede gibt.

Als Konsequenz aus diesen Erkenntnissen soll laut UM bei neuen Hochwasserprojekten künftig generell einen Klimaänderungsfaktor von 15 bis 25 Prozent hinzuge-rechnet werden. Bei Planung von Hochwasserschutzanlagen soll künftig ge-prüft werden, wie sich die lokal unterschiedlichen Klimaänderungsfaktoren auf das zu realisierende Bauwerk auswirken. Dämme, Deiche und Wasserrückhaltebecken sollten dann entsprechend größer gebaut werden,

Die Umweltminister von Bayern und Baden-Württemberg verständigten sich gemein-sam mit dem Präsidenten des Deutschen Wetterdienstes, das Projekt KLIWA fortzu-führen. Künftig sollen verstärkt die Auswirkungen der Klimaveränderungen auf die Bereiche Grundwasserneubildung, Siedlungsentwässerung und Niedrigwasserverhalten erforscht werden. Auch die Folgen des Klimawandels auf dem Bodensee sol-len näher untersucht werden.

Weitere Informationen unter: www.kliwa.de .

2.4 Umweltministerium will Abfälle vermehrt energetisch nutzen

Mehrere Millionen Tonnen der im Land jährlich anfallenden Abfälle werden noch nicht gezielt als Rohstoffquelle genutzt. Abfälle müssten laut UM dazu noch mehr als wertvolle Rohstoffressourcen betrachtet und entsprechend behandelt werden. Dies gelte insbesondere für die energetische Verwertung von Abfällen. Rund 400.000 Tonnen Rohöl seien im vergangenen Jahr dadurch eingespart worden. Dies entspreche knapp einem Prozent



des gesamten Primärenergieverbrauchs im Land. Trotz des durchaus beachtlichen Anteils an der Energieversorgung sind laut UM in diesem Bereich noch Zuwächse möglich. Vor allem Kunststoffabfälle könnten als Ersatzbrennstoffe für Kohle und Öl eingesetzt werden. Es gelte außerdem, die biogenen Anteile noch stärker aus dem Restmüll auszuschleusen und über eine Biogasnutzung oder Verbrennung in Bio-massekraftwerken als Energiequelle zu nutzen. Es liegt – so das UM - in der Ver-antwortung der Wirtschaft, die vorhandenen Abfälle und die darin enthaltenen stoffli-chen und energetischen Ressourcen noch besser auszuschöpfen.

2.5 Kritik am Klima-Engagement der Landesregierung

Nach Ansicht der GRÜNEN ist nicht erkennbar, dass die Landesregierung alles in ih-rer Macht stehende tue, um den Ausbau der Biomasse- und Windenergienutzung sowie Wasserkraftnutzung voranzubringen. Beim Ausbau der Wärmekraftkopplung als Maßnahme zu mehr Effizienz in der Stromproduktion herrsche seit Jahren Still-

stand auf niedrigem Niveau. Sie kritisieren, dass Programme wie etwa "Klimaschutz plus", das Altbausanierungsprogramm oder das Programm zur Förderung der Geothermie bereits zur Jahresmitte ausgeschöpft sind."

Die GRÜNEN erinnern daran, dass Ministerpräsident Oettinger in seiner Regierungserklärung den Klimaschutz zum wichtigsten ökologischen Handlungsfeld erklärt hat. Viel mehr als Tagungen sei dabei aber nicht herausgekommen. Seit der Amtsübernahme durch Oettinger habe es keine relevanten neuen Maßnahmen gegeben. Bei der Stromproduktion hinkt das Land mit 8,5 % Anteil regenerativer Energie hinter dem Bundesdurchschnitt hinterher, der mittlerweile bei knapp 12,5 liegt.

2.6 Schlechte Verhandlungen des Landes mit der Bahn?

Weil das Land mit der Bahn schlecht verhandelt hat, müssen die Kunden nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion nun Verschlechterungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Kauf nehmen. Von den 70 Mio. Euro, die jährlich einzusparen sind, müsse die Bahn nur 13 Mio. tragen und dürfe dies auch noch durch Fahrplanausdünnung kompensieren. Gleichzeitig brumme das Land den Busunternehmen, die besonders im Ländlichen Raum einen Großteil des ÖPNV bestreiten, eine Kürzung der Fördergelder in Höhe von 25 Mio. Euro auf, so dass die Mittel von 35 Mio. auf nur noch 10 Mio. Euro absacken.



Die Landesregierung hat es laut SPD versäumt, durch mehr Wettbewerb im SPNV geringere Kosten und ein besseres Angebot zu erzielen und verweist auf Bayern, wo erneut 30 Millionen Zugkilometer ausgeschrieben wurden. Der Freistaat spart auf diese Weise Kosten und die anstehenden Kürzungen der Regionalisierungsmittel sind zumindest teilweise aufgefangen.

2.7 Neue Messstellen für Feinstaub und Stickoxyd

Das Umweltministerium hat kürzlich das neue Spotmessprogramm 2007 vorgestellt, über das straßennah die Belastung mit den Luftschadstoffen Feinstaub und Stickstoffdioxid ermittelt wird. Insgesamt fünf neue Messstationen in Heidenheim, Markgröningen (Landkreis Ludwigsburg), Schramberg (Landkreis Rottweil), Walzbachtal-Jöhlingen (Landkreis Karlsruhe) und Wiesloch (Rhein-Neckar-Kreis) werden installiert. Die Messungen sind laut UM Voraussetzung, um danach gezielte Maßnahmen einleiten zu können und so die Schadstoffbelastung zu verringern. Der Aufstellung des neuen Messprogramms waren systematische Voruntersuchungen mit dreimonatigen Messungen Anfang dieses Jahres an landesweit insgesamt 105 besonders verkehrsbelasteten Straßenabschnitten vorausgegangen.

Info: Die aktuellen Daten der straßennahen Messungen zur Luftqualität sind im Internet abrufbar auf den Seiten der LUBW: www.lubw.baden-wuerttemberg.de unter Luft > Aktuelle Immissionsdaten > Spotmessungen.

Luftreinhalte- und Aktionspläne sind im Internet auf den Seiten der Regierungspräsidien unter dem Stichwort Luftreinhaltung bzw. Luftreinhalteplanung zu finden (www.rp.baden-wuerttemberg.de).

3 Bundes- und Europathemen

3.1 *Ultimatum für EU-Autohersteller in Sachen CO₂-Ausstoß*

Die europäischen Autohersteller haben in den letzten Jahren deutlich zu wenig Fortschritte bei der Vermeidung von CO₂-Emissionen gemacht und sich damit nicht an ihre eigene Selbstverpflichtung gehalten. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und sein bayerischer Landesverband, der Bund Naturschutz (BN) werfen der deutschen Automobilindustrie vor, dass der durchschnittliche Verbrauch der am häufigsten beworbenen Pkw bei neun Liter auf 100 Kilometer liege. Dies entspreche 215 Gramm Kohlendioxid (CO₂) pro Kilometer. Die Automobilindustrie habe sich jedoch 1998 verpflichtet, bis 2008 den Durchschnittsverbrauch ihrer Neuwagenflotte auf 5,7 Liter, entsprechend 140 Gramm pro Kilometer, zu reduzieren. Von dieser vor Jahren vielfach angepriesenen Selbstverpflichtung rücke sie inzwischen ab. Die Umweltschützer kritisieren, dass die Autokonzerne vor allem Sprit fressende Pkw-Modelle bewerben. So stelle z. B. der Autohersteller BMW bei seinen Autos die hohen Geschwindigkeiten heraus und sage nichts zum Thema Sparsamkeit und Treibhausgase. Wenn nicht bis 2008 die Zielvorgaben erreicht sind, will die EU entsprechende gesetzlichen Regelungen in die Wege leiten. (BUND, StZ30-8-06). Siehe dazu auch die Aktionen unter 6.1.



3.2 *Umweltverbände fordern strenge Kriterien für die Übertragung von Naturschutzflächen des Bundes an die Länder*

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) sowie zahlreiche Umweltverbände und Umweltstiftungen fordern, keine Kompromisse bei der Formulierung der Naturschutzauflagen für die geplante Übertragung von Naturschutzfläche des Bundes an die Länder oder eine Bundesstiftung einzugehen. Nur möglichst strenge Auflagen können sicherstellen, dass die Flächen des nationalen Naturerbes langfristig in hoher Qualität erhalten und entwickelt werden.

Die Bundesregierung hatte im Juni entschieden, 125.000 Hektar national bedeutsamer Naturschutzflächen langfristig für den Naturschutz zu sichern und sie den Ländern oder einer Bundesstiftung zu übertragen. Die Übertragung soll nach dem Willen der Bundesregierung mit Naturschutzauflagen verbunden sein. So sollen auf den Naturschutzflächen generell keine Pflanzenschutzmittel oder keine mineralischen Düngemittel ausgebracht werden. Auch die Einbringung gentechnisch veränderter Organismen muss unterbleiben. Die Jagd soll sich den naturschutzfachlichen Zielen unterordnen. Grünland darf nicht umgebrochen werden und eventuelle waldbauliche Maßnahmen müssen sich an den Kriterien des Gütesiegels FSC orientieren. Den Ländern gehen diese Auflagen jedoch zu weit.

Die Umweltverbände befürchten, dass die Bundesregierung hier Kompromisse zu Lasten des Naturschutzes eingeht. Die jetzt vom Bund vorgesehenen Nutzungsaufgaben stellen einen gerade noch akzeptablen Kompromiss dar. Werden die Vorgaben an die Flächenempfänger noch weiter abgeschwächt, so verkommt die Sicherung des nationalen Naturerbes zu einer leeren Worthülse.", so DNR-Vizepräsident Leif Miller.

3.3 BUND-Ranking zur Feinstaub-Bekämpfung in deutschen Kommunen

Von 26 untersuchten Städten, die die Tagesmittelwerte bis Ende August 2006 häufiger als 40 mal überschritten hatten, sowie weitere Großstädten bewertet der BUND die kommunale Politik kein einziges Mal mit sehr gut, aber acht Mal mit gut. Das zeigt, dass dort eine erfolgreiche Arbeit zur Minderung des Feinstaubes geleistet wird. Zugleich verbessern diese Maßnahmen die Lebensqualität in diesen Städten und Gemeinden. Umso unverständlicher ist die seit Monaten zu beobachtende Politik der deutschen EU-Parlamentarier, die Richtlinie so zu verwässern, dass die Kommunen künftig keine zeitnahen und wirksamen Maßnahmen mehr einleiten müssen. Gerade die Tagesmittelwerte werden gebraucht, um genügend Handlungsdruck aufzubauen. Ein Heraufsetzen auf 55 erlaubte Überschreitungen statt 35 ohne gleichzeitig die Jahresgrenzwerte auf $30 \frac{1}{4} \mu\text{g}/\text{m}^3$ abzusenken würde zudem den Gesundheitsschutz der Bürger in den Städten verschlechtern.

Die EU-Kommission reagierte sachgerecht: In ihrem Regelungsvorschlag ließ sie unter restriktiven Bedingungen drei Ausnahmetatbestände für Kommunen mit besonderen geografischen, meteorologischen oder durch grenzüberschreitende Schadstoffeinträge bedingten Verhältnissen zu. Der BUND unterstützt diese pragmatische Vorgehensweise, wenn diese Ausnahmen restriktiv gehandhabt werden.

Näheres siehe <http://www.bund.net>, im „Suche-Feld „Ranking“ eingeben (Dokument lässt sich leider NICHT herunterladen)

3.4 Mega-Plantagen für nachwachsende Rohstoffe in Südostasien

Früher oder später müssen nachwachsende Rohstoffe Erdöl ersetzen. Südostasien will davon sehr bald schon profitieren und alternative Energiequellen nutzen. Indonesien und sein Nachbar Malaysia haben angekündigt, in Zukunft 40 % ihrer Palmölproduktion für Biokraftstoff zu reservieren. Die beiden Staaten bauen insgesamt auf einer Fläche Ölpalmen an, die größer ist als Bulgarien. So werden derzeit 85 % des Weltmarkts abgedeckt. Das exportierte Pflanzenöl steckt in jedem zehnten Supermarktprodukt: in Kosmetika, Margarine, Waschmitteln, Süßigkeiten und vielem mehr. Gleichzeitig kann Palmöl als Biokraftstoff dienen und konventionellem Sprit beigemischt werden, so wie es zur Zeit beispielsweise die Stadtwerke Schwäbisch Hall planen. Dieser Verwendungszweck soll durch massive Produktionssteigerung



forciert werden.

Doch die gigantischen Biokraftstoffpläne sind umstritten: Denn die Ökoidee ist nur auf den ersten Blick grün. Wer sehr viel Biokraftstoff verwenden will, braucht sehr viel Pflanzenöl. Für die Produktion bestehende Landwirtschaftsflächen zu nutzen, ist in Indonesien keine gute Idee: Die Reis- und Gemüseernten würden dadurch zurückgehen, und die wichtigen Güter damit teurer werden - verheerend in einem Land, in dem 120 Millionen Menschen mit weniger als zwei US-Dollar über den Tag kommen müssen. Also kann der Biokraftstoffraum nur auf bisher landwirtschaftlich nicht genutzter Fläche realisiert werden. Wo die Flächen sein sollen, sag die beiden Länder nicht. Indonesiens neue Megaplantagen könnten nur in Papua sowie auf Borneo und Sumatra entstehen. Nur dort gibt es

weite, flache Gebiete, die dünn oder unbesiedelt sind. Allerdings zählen die Gegenden zu den letzten Tropenwaldparadiesen der Welt. Wird der Wald für Plantagen, also für Monokulturen abgeholzt, ist das Aussterben des Orang-Utans besiegelt. Auf Borneo kämpfen Umweltschützer gegen den längst bekannten Plan, entlang der Grenze zu Malaysia die größte Ölpalmenplantage der Welt zu schaffen. Sie soll fast so groß wie Slowenien werden. Eine Brandrodung aber würde Singapur, Malaysia und Teile Indonesiens mit so genanntem "Haze" vernebeln. Schon heute ist der Rauch, der durch Waldbrände auf Sumatra oder Borneo entsteht, ein ernsthaftes Umweltproblem in Südostasien. (StZ4-8-06)

Näheres auch unter

<http://www.regenwald.org/regenwaldreport.php?artid=196>

<http://www.regenwald.org/news.php?id=549>

3.5 Silizium bleibt knapper Rohstoff – CIS-Solarmodule als Alternative

Die boomende Photovoltaik-Branche leidet derzeit an knappen Fertigungskapazitäten für den Rohstoff Silizium. Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung ZSW hat jetzt mit der Firma Würth Solar eine alternative Solarstromtechnik zur Industriereife gebracht. Am 27. Oktober startet Würth Solar die weltweit erste Großserienproduktion von CIS-Solarmodulen in einer eigens errichteten Fertigungsstätte in Schwäbisch Hall. Ab 2007 wird die Produktion eine Jahreskapazität von ca. 15 Megawatt pro Jahr erreichen. CIS-Dünnschicht- Solarmodule produzieren Strom ohne Silizium und versprechen wegen ihres geringen Materialverbrauchs eine starke Reduktion der Herstellungskosten. Die siebenjährige Forschung wurde von Land, Bund und EU gefördert.

CIS-Solarzellen verwenden einen Halbleiter aus einer Kupfer-Indium-Gallium-Selen-Verbindung $\text{Cu}(\text{In,Ga})\text{Se}_2$. Er wird auf das Trägermaterial Glas gedampft, ist 100mal dünner als bei herkömmlichen Siliziummodulen und erreicht mit durchschnittlich 11,5% einen vergleichbaren Wirkungsgrad. Da die Technik erst am Anfang des Produktionszyklus steht, gehen Experten von weiter steigenden Wirkungsgraden und fallenden Herstellungskosten aus.

Weitere Informationen zu CIS-Dünnschicht- Solarmodulen finden Sie auf der Homepage des ZWS <http://www.zsw-bw.de/topics/materials/CIS-Module-1.html>

3.6 Naturobjekte des Jahres

Blume des Jahres 2007: Die Bach-Nelkenwurz

Hamburg (pte/16.10.2006/16:00) - Die Bach-Nelkenwurz mit dem lateinischen Namen *Geum rivale* ist von der Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung Loki Schmidt zur "Blume des Jahres 2007" ausgewählt worden.

Die maximal etwa 30 Zentimeter hohe und leicht behaarte Pflanze gehört zur Familie der Rosengewächse, blüht von April bis Juli. Sie ist speziell in feuchten Grünlandflächen, Flachmooren, Niederungen, Auen- und Waldrandbereichen, aber auch in der Uferzone von Still- und Fließgewässern zu finden. In insgesamt vier Bundesländern steht sie auf der Roten Liste für gefährdete Arten, vor allem in Sachsen und im Saarland gilt der Bestand als stark rückläufig.

Durch das Votum soll erneut eine Feuchtwiesenart, deren grundwassernaher Lebensraum durch verstärkte Trocken-



legung von Flächen immer mehr in Gefahr gerät, ein Jahr lang ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

Insekt des Jahres 2007: Die Ritterwanze

Das Kuratorium hat die Ritterwanze *Lygaeus equestris* zum Insekt des Jahres 2007 gewählt und den baden-württembergischen Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Peter Hauk MdL, als Schirmherr für dieses Tier gewonnen. Baden-Württemberg ermöglicht mit der Schirmherrschaft die Herausgabe eines Faltblatts durch das Kuratorium, das tiefere Einblicke in die faszinierende Welt der Ritterwanzen und ihrer Verwandten gewährt.

Weltweit gehören über 40.000 Arten zu dieser Insektengruppe, die seit über 140 Millionen Jahren unseren Planeten auf allen Kontinenten besiedeln. Wanzen hätten nicht nur Land und Luft, sondern mit den Wasserläufern, Stabwanzen, Rücken-



schwimmern und Wasserkorpionen sehr erfolgreich auch das nasse Element erobert. Die Ritterwanze lebt gerne auf Pflanzen wie der Schwalbenwurz, dem Frühlings-Adonisröschen oder anderen giftigen Pflanzen. Sie findet sich in wärmeren Gebieten häufig auf Trockenrasen, in lichten Wäldern, an Gebüschern oder auf Ruderalflächen, nutzt aber zur Überwinterung auch gerne Steinriegel, Steilwände oder Wälle. In Baden-Württemberg leben rund 600 Wanzenarten, unter ihnen auch die Ritterwanze, die in Baden-Württemberg

nicht als gefährdet gilt. Durch die Wahl der Ritterwanze erhofft sich das Kuratorium eine bessere Akzeptanz für die häufig verkannte und zumeist wenig beachtete Insektengruppe der Wanzen

Infos zu weiteren „Naturobjekte des Jahres“ unter http://www.nabu.de/m05/m05_10/

3.7 „KomPass“ gestartet

UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge den Startschuss für das neue "Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass)" im UBA. KomPass soll Fachwissen vernetzen und Entscheidungsträger in Unternehmen und Verwaltung sowie die Öffentlichkeit informieren. Die Bundesregierung hat beschlossen, auf den hervorragenden Grundlagen deutscher Akteure und Institutionen ein nationales Konzept zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln. Dessen Ziele sind die Festlegung prioritärer Handlungsfelder sowie die Identifizierung und Koordinierung von Maßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

3.8 Biogas-Boom in Europa hält an

Die Biogas-Technologie nimmt innerhalb der Erneuerbaren Energien eine hervorragende Stelle ein. Kaum eine Branche kann vergleichbare Wachstumsraten vorweisen. 2006 werden erstmals mehr als eine Milliarde Euro investiert. Insgesamt finden etwa 10.000 Menschen Arbeit in Planung, Bau, Betreuung und Betrieb von Biogasanlagen. Die Branche erwartet für 2006 das erfolgreichste Jahr. Zum Ende des Jahres werden etwa 3.500 Anlagen errichtet sein mit einer Stromproduktion von über fünf Milliarden Kilowattstunden. Damit verdoppelt sich die Stromproduktion aus Biogas gegenüber dem Vorjahr.

Näheres siehe unter www.biogas.org.

3.9 Viele baden-württembergische Preisträger im Klimaschutzwettbewerb

Die Stadt Münster hat den von der Deutschen Umwelthilfe ausgeschriebenen Klimaschutz-Wettbewerb für sich entschieden und ist jetzt zum zweiten Mal als "Bundeshauptstadt im Klimaschutz" ausgezeichnet worden. Mit den Städten Freiburg im Breisgau, Hamburg und Heidelberg sind weitere Gewinner aus dem Kreis der Klima-Bündnis-Kommunen in der Teilnahmeklasse über 100.000 EinwohnerInnen vertreten. In der Teilnahmeklasse von 20.000 bis 100.000 EinwohnerInnen zählen die Klima-Bündnis-Städte Esslingen, Rastatt und Norderstedt zu den Siegerkommunen. Weitere Informationen: <http://www.klimaschutzkommune.de>

4 Gesetze, Verordnungen, Urteile

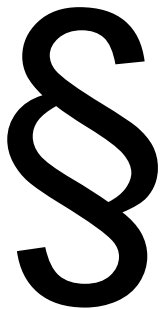
... des Bundes

4.1 Gesetz zur Beschleunigung der Planung von Infrastrukturvorhaben

Der Bundestag hat am 27.10.2006 ein Beschleunigungsgesetz verabschiedet, mit dem die Planungszeit für Großprojekte in Deutschland erheblich verkürzt werden soll. Es geht zu Lasten der Bürgerbeteiligung.

Diese Sonderregelungen, die seit 1991 nur für Ostdeutschland galten, werden damit auch im Westen gelten. Damals hieß es zur Begründung, dass sich die Verwaltungsgerichte im Osten noch im Aufbau befänden. Heute argumentiert die große Koalition mit "Entbürokratisierung" und Vorteilen im Standortwettbewerb.

Mit dem Gesetz wird das Ziel verfolgt, insbesondere Verkehrsprojekte einfacher und schneller umsetzen zu können. Geregelt wird unter anderem die Einführung von Präklusionsfristen bei der Beteiligung von Umweltschutzvereinigungen, die Erweiterung der Möglichkeiten zum Verzicht auf Erörterungstermine im Anhörungsverfahren und die Verkürzung des Rechtsweges auf eine Instanz - das Bundesverwaltungsgericht - für ausdrücklich genannte Verkehrsinfrastrukturvorhaben.



Künftig ist bei der Planung wichtiger Straßen, Bahnstrecken, Kanäle, Flughäfen und Hochspannungsleitungen der Rechtsweg auf eine Instanz verkürzt. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig beschließt dann in erster und zugleich letzter Instanz über Klagen von betroffenen Bürgern und Umweltverbänden.

Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Eckart Hien, hatte im Vorfeld verfassungsrechtliche Bedenken geäußert. Die erstinstanzliche Zuständigkeit eines Bundesgerichts sei nur in Ausnahmefällen zulässig. Die große Koalition versuchte die Bedenken auszuräumen, indem sie den verkürzten Klageweg zunächst auf 85 konkrete Verkehrsprojekte beschränkt.

Andere Beschleunigungen gelten für sämtliche Planungsvorhaben. So sollen Umweltverbände ihre Einwände nur noch binnen 14 Tagen nach Auslegung der Pläne vorbringen können. Bisher galt keine zeitliche Beschränkung. Zudem sollen Behörden auf Erörterungstermine verzichten können, wenn ein Vorhaben so kontrovers ist, dass mit einer Einigung nicht zu rechnen ist.

Planfeststellungsbeschlüsse sind künftig 15 Jahre statt bisher 10 Jahre gültig.

(gekürzt nach taz, 28.10.2006)

4.2 Umweltgesetzbuch in Vorbereitung

Mit dem Inkrafttreten der Föderalismusreform am 1. September 2006 ist der Weg für ein Umweltgesetzbuch (UGB) frei geworden. Die Bundesregierung beabsichtigt, noch in dieser Legislaturperiode ein Umweltgesetzbuch vorzulegen und darin u.a. zentrale Bereiche des Vorhaben bezogenen Umweltrechts, insbesondere die „integrierte Vorhabensgenehmigung“ zu regeln. Ziel ist es, das bestehende Umweltrecht nicht nur zusammenzuführen, sondern bei Wahrung anspruchsvoller Umweltstandards zugleich zu vereinfachen und, soweit erforderlich, zu modernisieren.

DNR, DUH, BUND und NABU auf Bundesebene sind zur Mitarbeit vom BMU eingeladen. Der DNR gründet derzeit einen DNR-Arbeitskreis Umweltgesetzbuch.

Urteile

4.3 Klage gegen Fildermesse abgewiesen

Der Verwaltungsgerichtshofs Mannheim hat die BUND-Klage gegen die Landesmesse im Berufungsverfahren zurückgewiesen. In der hoch belasteten Filderregion wird es so keinen adäquaten Ausgleich für die erheblichen Eingriffe in die Natur geben, die durch den Bau der Landesmesse verursacht werden. „Statt sich ernsthaft um den Naturschutz zu bemühen, hat sich das Gericht damit begnügt, die rechtlichen Mindeststandards einzuhalten“, kritisiert BUND-Landesgeschäftsführer Michael Spielmann. Dabei habe ein Gutachten des Umwelt- und Naturschutzverbands bewiesen, dass vorbildliche Naturschutzstandards bei der Planung der Messe nicht berücksichtigt wurden. Das Urteil bedeutet laut BUND einen Rückschritt für den Naturschutz in Baden-Württemberg. In dicht besiedelten Gebieten gilt nun die Devise: Je größer der Eingriff in die Natur, desto geringer müssen die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen sein.



5 LNV – Intern

5.1 LNV-Termine

Besprechungen mit den Arbeitskreisen in den Regierungsbezirken:

- Reg.bezirk Stuttgart: Mittwoch 28.2.2007 beim Schwäbischen Heimatbund, Webergasse 2 in Stuttgart
- Reg.bezirk Freiburg: Mittwoch 21.3.07 in der GS des Schwarzwaldvereins, Schlossbergring 15 in Freiburg

LNV-Mitgliederversammlung

Diese findet am 28.04.07 ab 9:30 Uhr in der Musikhalle in Ludwigsburg, Bahnhofstraße 19 statt.

5.2 Informationen der Geschäftsstelle

LNV-Stiftung – Schwerpunkt 2007: Umweltbildung an Schulen

Sie kennen das Beispiel: Jedes Kind kann heute im Schlaf fünf Automarken aufsaugen, weiß aber nicht mehr, wie ein Gänseblümchen aussieht – und Kühe eben nicht lila sind! Trotz vieler engagierter Lehrer tut sich die Schule schwer, den oft völlig naturentwöhnten Kindern die Wunderwelt in Wald und Flur näher zu bringen. Das Land Baden-Württemberg sieht seit 2006 in Modellschulen sogenannte Jugendbegleiter vor, die nachmittags ehrenamtlich Kinder an Schulen betreuen und dabei gleichzeitig Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, für die im normalen Schulalltag kein Raum ist. Für Mitglieder der Natur- und Umweltschutzverbände bietet dies die Chance, im schulischen Raum Kinder anzusprechen und für die Natur und Umwelt gewinnen zu können – und dann fehlt das Geld!

Die LNV-Stiftung will hier Abhilfe schaffen und fördert im Jahr 2007 bevorzugt natur- und umweltpädagogische Projekte von Jugendbegleitern an Schulen.

Wenn Sie interessiert sind, senden Sie Ihren Förderantrag mit formloser und aussagekräftiger Projektskizze sowie Zeit- und Kostenplan bis spätestens zum 30. April 2007 an die Stiftung des Landesnaturschutzverbandes (bei Biotop- und Landschaftspflegemaßnahmen usw. sowie bei allen Aktionen in Schutzgebieten bitte die Zustimmung der zuständigen Behörden beifügen). Personalkosten können leider nicht bezuschusst werden.

Über die Projektförderung entscheidet der Stiftungsrat mit Reiner Ehret (Vorsitzender) und Dr. Heiner Grub, Fritz Endemann, Isolde Korb und Reinhard Wolf bis Mai 2007.

Seit ihrer Gründung förderte die LNV-Stiftung weit über 200 Naturschutzprojekte. Besonders am Herzen liegen dem Stiftungsrat die Initiativen und die Arbeit von ehrenamtlichen Naturschützerinnen und Naturschützern. Das Förderspektrum reicht von Internationalen Jugendlagern zur Landschaftspflege über Amphibienschutzprojekte bis hin zu Nistkastenaktionen in Kindergärten.



Beispiele von Fördermaßnahmen gegen das Naturschutzrecht gesucht

Die GS sucht Beispiele/Fälle, wo Fördermaßnahmen (insbes. auf kommunaler Ebene) gegen Naturschutzbestimmung verstoßen, mit besonderem Augenmerk auf EU-Recht. Bitte - auch Verdachtsfälle - an die GS, Frau Trube melden!

5.3 Besetzung von Gremien / Personalien

Frau **Dr. Astrid Woog** hat der Geschäftsstelle mitgeteilt, dass sie ihr Amt als LNV-Referentin für Umweltbildung abgeben möchte. Der LNV dankt Frau Dr. Woog für ihre langjährige Bereitschaft, dass sie dem LNV mit ihrem Wissen und ihrer Beratung zur Verfügung gestanden ist.

Im Landesbegleitausschuss „Ziel 2“ wird für die nächste Förderperiode wieder Frau Dr. Anke Trube mitarbeiten

5.4 Neue LNV-Veröffentlichungen

Pressemitteilungen:

[Die Stiftung des Landesnaturschutzverbandes](#) unterstützt das **Jugendbegleiter-Projekt der Landesregierung „Kühe sind nur selten lila....“**

Es ist leider keine neue Erkenntnis: Fast jedes Kind kann heute im Schlaf fünf Automarken nennen, weiß aber oft nicht, wie ein Gänseblümchen aussieht und dass Kühe nur äußerst selten lila sind.“ Daran erinnerte heute der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg (LNV), Reiner Ehret, bei der Vorstellung des Förderschwerpunktes der LNV-Stiftung für das Jahr 2007. vom 15.12.2006

[Naturschützer fordern: Neckarschleusen müssen fischdurchgängig werden](#)

Wenn Schleusen verlängert werden, dann ökologisch

Eine Verlängerung der Schleusen im Neckar muss ökologische Mindestanforderungen erfüllen“, fordern die Vorsitzenden der Naturschutzverbände BUND, LFV, LNV und NABU. Das Bundesverkehrsministerium möchte die 27 Neckarschleusen zwischen Plochingen und Mannheim verlängern, damit bis zu 135 Meter lange Schiffe den Neckar passieren können. vom 30.11.2006



[Landesnaturschutzverband kritisiert Flurneuordnung](#)

Den heute vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum vorgestellten Flurneuordnungs-Geschäftsbericht 2005 nimmt der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) zum Anlass, auf Fehlentwicklungen im Bereich Naturschutz hinzuweisen. Grund dafür sind die aktuellen Erfahrungen seiner ehrenamtlichen Naturschützer, die Flurneuordnungsverfahren im ganzen Land fachlich begleiten. Diese offenbaren nämlich oft eine ganz andere Realität, als sie der Öffentlichkeit in den bunt bebilderten Geschäftsberichten vorgestellt wird. vom 10.11.2006

Landesnenschutzverband kritisiert Investitionsrahmenplan für Bundesverkehrswege

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) fordert die Bundesregierung auf, die für den Schutz unseres Klimas notwendigen Maßnahmen endlich auch im Verkehrsbereich zu ergreifen und die knappen Finanzmittel nicht mehr für unsinnigen Straßenbau und andere, die Umwelt zerstörende Verkehrsprojekte auszugeben.

.vom 31.10.2006

Entbürokratisierungsinitiative gescheitert

Rund zwei Jahre lang arbeiteten Landesnaturschutzverband (LNV) und Naturschutzbund (NABU) im Land zusammen mit dem Bundesverband für mittelständige Wirtschaft (BVMW) an einem großen Wurf zur Vereinfachung und Effizienzsteigerung im Umweltrecht. Dieses Projekt ist nun am mangelnden Interesse der Wirtschaft gescheitert.

.vom 26.10.2006

6 Wettbewerbe, Aktionen, Termine, Veranstaltungen

6.1 Wettbewerbe und Aktionen

Atomausstieg selber machen!

Umweltverbände, Verbraucherorganisationen und Anti-Atom-Initiativen rufen die Menschen in Deutschland auf, "sich von den Atomkonzernen zu trennen und den Atomausstieg aus der Gesellschaft heraus zu vollziehen" - Nach der Aufkündigung des Atomkonsenses erwarten die Initiatoren "Wechselfieber" weg von RWE und Co. und hin zu umweltfreundlichen Stromanbietern.

Über eine eigens eingerichtete Homepage (www.atomausstieg-selber-machen.de), eine Infoline der Ökostromer (0800-7626852), aber auch durch direkte Ansprache, sollen in den kommenden Wochen und Monaten jene rund zwei Drittel der Bevölkerung kreativ und in vielfältiger Weise angesprochen und informiert werden, die nach jüngsten Umfragen der Atomenergie ablehnend gegenüberstehen, bisher daraus aber noch nicht die Konsequenz eines Stromanbieterwechsels gezogen haben. "Erteilen Sie dem Wortbruch der Konzerne mit der Aufkündigung Ihrer Vertragsbeziehungen eine angemessene Antwort. Es kostet Sie fünf Minuten", heißt es in dem bisher von neun Organisationen, Verbänden und Initiativen unterzeichneten Aufruf.



Die Initiatoren gehen davon aus, dass die Bevölkerung realen Einfluss auf die Konzernpolitik gewinnen kann, wenn sich die privaten Stromkunden massenhaft von den Atomstromproduzenten ab- und neuen Stromhändlern zuwenden.

Protest gegen billiges Fliegen und „Klima-Ablass“ für Flugreisende

Die Bundesregierung weigert sich nach wie vor, eine gerechte Besteuerung einzuführen. Wer dagegen vorgehen will, schreibt eine Protestmail oder einen Brief: Bundeskanzleramt, Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin.

Näheres unter <http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/inhalt.php?id=80>

Aber auch wer auf einen Flug nicht verzichten kann oder will, hat die Möglichkeit, einen Beitrag für die Folgen seines Handelns zu leisten: Passagiere zahlen freiwillig für die von Ihnen verursachten Klimagase. Das Geld wird in Solar-, Wasserkraft-, Biomasse- oder Energiesparprojekte investiert, um dort Treibhausgase einzusparen, die eine vergleichbare Klimawirkung haben wie die Emissionen aus dem Flugzeug. Finanziert werden Projekte in Entwicklungsländern. Die Projekte ersparen der Atmosphäre nicht nur Tausende von Tonnen Kohlendioxid. Sie schaffen auch noch Arbeitsplätze.

Siehe <http://www.atmosfair.de/>

Plakate und „Mailomat“ gegen Spritfresser der Autokonzerne

Aus Protest gegen die Klimapolitik deutscher Autohersteller veröffentlichte der BUND in der Tageszeitung "taz" eine verfremdete Mercedes-Anzeige mit der Aussage, das Unternehmen ruiniere das Klima. Und in der Münchener Innenstadt war ein verän-

iertes Werbeplakat des neuen 3er BMW gezeigt worden, auf dem das Auto in einer von den Alpen abgehenden Schlammlawine versinkt. Eine ähnliche Aktion gegen VW kündigte der BUND in Wolfsburg an.



Um die Branche zum Umdenken zu bewegen, startete der Umweltverband einen öffentlichen Wettbewerb zur Verfremdung der Anzeigen deutscher Automobilkonzerne, „um den Schein der Autowerbung von einer heilen Welt entlarven“. Dazu werden alle Agenturen und alle, die sich kreativ für den Klimaschutz engagieren wollen aufgerufen.

Im Internet richtete der BUND einen "Mailomaten" ein, mit dem Protest-E-Mails an die Vorstandschefs von Daimler-Chrysler, BMW und VW geschickt werden können.

Informationen über die Wettbewerbsbedingungen, den Mailomaten sowie Downloads der vom BUND in Zusammenarbeit mit der Agentur "Alsterpartisanen" verfremdeten BMW- und Mercedes-Werbeplakate sind zu finden unter:

<http://vorort.bund.net/klimaschutz/enttarnt/home.html>

Ab Januar 2007 KfW-Zuschüsse zur Gebäudesanierung

Die Fördermöglichkeiten für die energetische Gebäudesanierung werden im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms ausgeweitet. Erstmals wird auch eine Zuschussvariante angeboten für Wohnungs-Eigentümer. Gefördert werden Maßnahmen mit Zuschüssen zwischen fünf und 17,5 Prozent der förderfähigen Investitionskosten. Auch Kommunen werden in das Förderkonzept mit einbezogen. Die Bundesregierung hatte das Programm im September noch einmal um 350 Millionen Euro aufgestockt. Neu: Wenn mit der Sanierung das Neubauniveau um 30 % unterschritten wird, gibt es sogar 12,5 % Tilgungszuschuss.

www.kfw-foerderbank.de

http://www.energieverbraucher.de/index.php?itid=982&content_news_detail=5641&back_cont_id=4043

Aktion für einen Haushalt ohne Gentechnik

Wer gegen die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft und in Lebensmitteln ist, kann dies ab sofort offiziell kund tun: Die Aktion "**Mein Haushalt ist ohne Genfood**" ermöglicht unter www.mein-nein.de sich zu erklären, dass sein/ihr Haushalt keine gentechnisch veränderten Lebensmittel verwendet.

6.2 Termine und Veranstaltungen

Naturschutztage am Bodensee

NABU und BUND veranstalten auch im nächsten Jahr vom 4.-7. Januar wieder ihre Naturschutztage. Schwerpunktthemen sind diesmal Biodiversität, Landnutzung Wald und Nachhaltiges Wirtschaften, *Anmeldung unter www.naturschutztage.de*

7 Sonstiges

7.1 Markus Rösler wird Parlamentarischer Berater bei den GRÜNEN

Markus Rösler stammt aus Gerlingen und war vor seinem Studium der Landschaftsplanung in Berlin u.a. zwei Jahre als Vogelwart an der Nordsee sowie ein Jahr als Gründer und Leiter des DBV-Umweltzentrums im Kreis Ludwigsburg tätig. Seine 1993 bis 1996 geschriebene Dissertation "Arbeitsplätze durch Naturschutz am Beispiel der Biosphärenreservate und der Modellregion Mittlere Schwäbische Alb" ist die Grundlage für die heutigen Biosphärenplanungen bei Münsingen. 1997 bis 2000 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Landschaftsökonomie der Universität Greifswald, von 2000 bis 2006 Geschäftsführer des NABU Saarland sowie ab 2005 auch der NABU-Stiftung Saarländisches Naturerbe.

8 Veröffentlichungen/Literatur/Internet

Neue BMU-Website „PortalU“

www.portalU.de, mit Sparten: [Abfall](#), [Altlasten](#), [Bauen Boden](#), [Chemikalien](#), [Energie](#), [Forstwirtschaft](#), [Gentechnik](#), [Geologie](#), [Gesundheit](#), [Lärm](#) und [Erschütterungen](#), [Landwirtschaft](#), [Luft und Klima](#), [Nachhaltige Entwicklung](#), [Natur und Landschaft](#), [Strahlung](#), [Tierschutz](#), [Umweltinformation](#), [Umweltwirtschaft](#), [Verkehr](#), [Wasser](#)

Das Bundesumweltministerium hat eine höchst interessante und praktikable Homepage eingerichtet, die einen zentralen Zugriff auf mehrere hunderttausend Internetseiten und Datenbankeinträge von öffentlichen Institutionen und Organisationen bietet. Zusätzlich kann man aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise, Umweltmesswerte, Hintergrundinformationen und historische Umweltereignisse abrufen.

Mit einer integrierten Suchmaschine können Webseiten und Datenbankeinträge nach Stichworten durchsucht werden. Über die Option "Erweiterte Suche" kann man ein differenziertes Fachvokabular und deutschlandweite Hintergrundkarten zur Zusammenstellung Ihrer Suchanfrage nutzen.

CD „Konzeption zur Entwicklung und zum Schutz der nördlichen Oberrheinniederung“



LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe

Bei dieser CD handelt es sich um die Fortschreibung Oberrhein-Konzeption von Lampertheim/Rhein-Neckar-Kreis bis Iffezheim/Rastatt. Sie beinhaltet Arbeitsmaterialien zum Auenchutz und zur Auenrenaturierung, die ausschließlich Vorschlagscharakter besitzen.

Broschüre für europaweite Ausschreibung von Stromlieferung aus erneuerbaren Energien

kostenlosen Download unter

<http://www.bmu.de/energieeffizienz/downloads/doc/37939.php>

Gerade öffentliche Auftraggeber - etwa Behörden - können Vorbilder im Klimaschutz sein, indem sie Ökostrom beziehen. Sie müssen den Strom jedoch in einem transparenten Vergabeverfahren auf dem europäischen Markt beschaffen. Was dabei zu beachten ist, erläutert die neue Broschüre "Beschaffung von Ökostrom - Arbeitshilfe für eine europaweite Ausschreibung im offenen Verfahren" herausgegeben von Bundesumweltministerium (BMU) und Umweltbundesamt (UBA).

Die Broschüre beschreibt die vergaberechtlichen und fachlichen Grundlagen der EU-weiten Ausschreibung und gibt für diese zahlreiche praktische Tipps - einschließlich aller Formulare, die für eine Ausschreibung nötig sind. Die Arbeitshilfe beruht auf den Erfahrungen von nunmehr zwei Ökostrom-Ausschreibungen, die das Umweltbundesamt für den gesamten Geschäftsbereich des BMU durchgeführt hat. Durch

den Bezug des Ökostroms sparen die Behörden seit 2004 jährlich im Durchschnitt 5.500 Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid ein.

Ökonom sieht Welt wegen Umweltschäden vor Superrezession / größte Öko-Wirtschaftsstudie

http://www.hm-treesury.gov.uk/newsroom_and_speeches/press/2006/press_stern_06.cfm
[englisch; deutsche Übersetzung in Vorbereitung]

Wenn weiter nichts gegen den Klimawandel getan wird, stürzt die Welt in die schwerste Rezession der neueren Geschichte, die mehr kosten wird als beide Weltkriege zusammen, weite Teile der Welt unbewohnbar und Hunderte Millionen Menschen zu Flüchtlingen machen wird. Aber ein entschlossenes globales Aktions- und Investitionsprogramm könnte diese Kosten dramatisch reduzieren. Dies ist die Essenz eines in London veröffentlichten und mit Spannung erwarteten 700-Seiten Berichts über die wirtschaftlichen Aspekte des Klimawandels.

Der Autor, Sir Nicholas Stern, argumentiert, dass die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels für einen Bruchteil der genannten Kosten, etwa ein Prozent des globalen Bruttosozialprodukts, vermieden werden können. Ein solches Programm könnte sogar neue Wachstumsanreize bieten. Politisch brisant ist, dass Sterns Bericht das zentrale Argument der amerikanischen Regierung gegen eine Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls auf den Kopf stellt. US-Präsident George Bush geht bisher davon aus, dass Klimapolitik die Wirtschaft schädigt und internationale Klimavereinbarungen eine Verschwörung gegen die amerikanische Wirtschaftsmacht sind.

Die britische Außenministerin Beckett überraschte darauf mit überdeutlichen Worten zur Gefahr Klimawandel und Zukunft Europas. Politische Stabilität und Sicherheit kann rasch zu Instabilität werden, wenn Menschen knappen Ressourcen und schlechten Umweltbedingungen ausgesetzt sind. Die Ministerin appellierte für ein rasches Reagieren Europas; um auch künftige Flüchtlingsströme zu verhindern.

Schweizer Studie untersucht erstmals ganzheitlich Kosten und Nutzen des Verkehrs: Straßenverkehr wälzt Milliardenkosten auf Allgemeinheit ab!

Informationen zu der Studie des Schweizer Bundesamtes für Raumordnung finden Sie unter: <http://www.are.admin.ch/are/de/medien/mitteilungen/03881>

Der Straßenverkehr wälzt prozentual doppelt so viele Kosten auf die Allgemeinheit ab, wie der Schienenverkehr. Das ergibt eine Studie des Schweizer Bundesamtes für Raumentwicklung. Der Schweizer Ansatz, Kosten und Nutzen des Landverkehrs in einer Gesamtsicht darzustellen, ist bislang in Europa einmalig. Zu den auf die Allgemeinheit abgewälzten Kosten des Verkehrs gehören insbesondere Umwelt- und Unfallkosten.

Allein in Deutschland wälzt der Straßenverkehr nach Berechnungen der Forschungsinstitute INFRAS/IWW jährlich rund 130 Mrd. Euro auf die Allgemeinheit ab.



Studie belegt Anstieg des Stromverbrauches bei privaten Haushalten

http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/ugr_privathaushalte_und_umwelt_neu.pdf

Von 1995 bis 2005 ist der Verbrauch um 3,5 Prozent gestiegen. Vor allem beim Stromverbrauch sind die Potenziale zum Energiesparen bislang nur unzureichend ausgeschöpft: Allein die Leerlaufverluste bei Elektrogeräten betragen 17 Milliarden kWh pro Jahr. Das entspricht Stromkosten von 3,3 Milliarden Euro.

Umweltstudie: Rolle des Waldes und der Forstwirtschaft im Kohlenstoffhaushalt des Landes Baden-Württemberg

im Internet abrufbar unter:
<http://www.bwplus.fzk.de/berichte/SBer/ZO3K23004SBer.pdf>

Das Umweltministerium hat eine neue Studie über den Beitrag des Waldbestandes im Land zum Klimaschutz vorgestellt. Es weist daraufhin, dass eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ganz erheblich zum Klimaschutz beiträgt. In den Wäldern des Landes sind rund 1.500 Millionen Tonnen Kohlendioxid gebunden. Das entspricht der Menge, die in einen Zeitraum von etwa 19 Jahren landesweit ausgestoßen wird. Eine noch intensivere Holznutzung sowohl für die Energiegewinnung wie auch für die produzierende Industrie könne den Beitrag des Waldes zum Klimaschutz weiter erhöhen, erläuterte Gönner. "Bei intensiver Nutzung ist es allerdings entscheidend, dass der Waldbestand stabil gehalten wird. Es muss durch Aufforstung sichergestellt werden, dass erneut Biomasse in mindestens gleichem Umfang entsteht, wie sie genutzt wird.

Durch die Verarbeitung von Holz in langlebigen Produkten wie beispielsweise im Hausbau und die energetische Biomassenutzung würden darüber hinaus die jährlichen Kohlendioxidemissionen im Land um etwa sieben Prozent verringert.

BUND-Studie: Mehr Gesundheitsschäden bei Kindern durch Schadstoffbelastung. Folge einer verfehlten Chemikalienpolitik

Die Studie "Gesundheitsschäden durch eine verfehlte Chemikalienpolitik - Kinder besser schützen" im Internet unter:
http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/endstation_kind.pdf



Kinder sind pro Kilogramm Körpergewicht stärker mit Chemikalien belastet als Erwachsene. Gleichzeitig leiden immer mehr Kinder an Erkrankungen, die in Verbindung mit der Schadstoffbelastung gebracht werden. Das ist das Ergebnis der Studie "Gesundheitsschäden durch eine verfehlte Chemikalienpolitik - Kinder besser schützen", die der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Kooperation mit dem "Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt" veröffentlicht hat. Die Studie fasst aktuelle Untersuchungen zur Belastung von Kindern mit gefährlichen Chemikalien und den damit verbundenen Erkrankungen zusammen.

verbundenen Erkrankungen zusammen.

Broschüre „Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2005“

Die Broschüre ist kostenlos erhältlich beim Umweltministerium, Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart, E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@um.bwl.de sowie beim Wirtschaftsministerium, Theodor-Heuss-Str. 4, 70174 Stuttgart, E-Mail: poststelle@wm.bwl.de

Diese Broschüre gibt einen Überblick über die Anteile einzelner alternativer Energieformen in Baden-Württemberg und ihre Entwicklung im bundesweiten Vergleich.

Naturführer KARLSRUHE

Herausgeber ist die LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, der Vertrieb erfolgt über den Verlag regionalkultur, 76698 Ubstadt-Weiher oder über den Buchhandel, ISSN 1427-0107

Natur erleben in der Großstadt! Was widersprüchlich klingt, ist in Karlsruhe, der „Stadt im Grünen“, möglich. Geprägt durch fünf verschiedene Naturlandschaften, von Auenwäldern, Niedermooren, naturnahen Wasserflächen und Bächen, bis hin zu Streuobstwiesen und innerstädtischen Parkanlagen, kann in Karlsruhe in besonderem Maße gezeigt werden, wie nahe wertvolle Natur sein kann und wie wichtig diese für unser Wohlbefinden ist. Verteilt über das Stadtgebiet laden zehn thematische Natur-Touren dazu ein, sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf Entdeckungsreise zu begeben. Mit etwas Glück und Geduld können viele zum Teil ganz besonders seltene Tiere wie Hirschkäfer, Kammmolch, Ziegenmelker oder Heidelerche beobachtet werden. Fundierte Hintergrundinformationen, wissenswerte Geschichten und Hinweise auf Besonderheiten und Höhepunkte verlocken zu erlebnisreichen Abstechern. Übersichtlich gestaltet, stellt der Naturführer mit „Hätten Sie's gewusst?“ manch knifflige Frage und gibt lustige wie nachdenkliche Antworten.

Stromsparpaket vorgelegt

Bezugsquelle: http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/stromsparpaket_10_06.pdf

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat ein „Stromsparpaket“ vorgelegt, mit dem sich bis 2012 rund 50 Millionen Tonnen CO₂ vermeiden lassen. Es gehe darum, alle Energieverbraucher in Industrie, Dienstleistungsgewerbe und Privathaushalten zum effizienten Umgang mit Elektrizität anzuhalten. Dazu müsse die Bundesregierung ein Markteinführungsprogramm für effiziente Elektrogeräte auflegen. Der Stromverbrauch der Geräte müsse klar ausgewiesen und Standby-Systeme verboten werden. Das nütze der Ressourcenschonung u. dem Klimaschutz.

Umweltforschungsjournal 2006 neu erschienen

kostenlos erhältlich bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe

Download: www.lubw.baden-wuerttemberg.de → Umweltforschung).

Das von der LUBW - Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz erarbeitete Journal gibt eine Übersicht in neueste Erkenntnisse aus den Bereichen Klima, Luft, Wasser, Boden, Ökologie, Ökonomie und Gesundheit und gibt Einblick in die vom Land geförderte und sehr breit gefächerte, aktuelle Umweltforschung vermittelt. Im kommenden Jahr will das Um-



weltministerium weitere Forschungsprojekte mit insgesamt rund 2,5 Millionen Euro fördern, kündigte Gönner an. Im Vordergrund stünden dabei neben dem Klimaschutz die Lärmbekämpfung, Schadstoffe in der Umwelt sowie Fragen zur Biodiversität und des Flächenmanagements.

Hilfe bei der Auswahl umweltfreundlicher Geräte

<http://de.topten.info/index.php>

Wer Büro- und Haushaltsgeräte gezielt nach Umweltfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit auswählen möchte, dem bietet dieser Link auf sehr übersichtliche Weise eine Fülle von Informationen an – alles in der vom Öko-Institut gewohnten Qualität!

Umweltdaten 2006 erschienen

Kostenlos erhältlich bei der Verlagsauslieferung der LUBW: JVA Mannheim - Druckerei, Herzogenriedstraße 111, 68169 Mannheim, Telefax: 0621/398-370, E-Mail: bibliothek@lubwl.bwl.de oder als pdf-Datei im Internet unter www.lubw.baden-wuerttemberg.de.

Die von der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg neu erhobenen und zusammen gestellten 'Umweltdaten 2006' geben einen umfassenden Aufschluss über die Entwicklung der Umwelt im Land in den vergangenen Jahrzehnten und ihren aktuellen Zustand. In der Rückschau ist vor allem in den klassischen Umweltmedien Boden, Luft und Wasser eine durchweg positive Entwicklung fest. Die Belastung der Luft mit Schadstoffen ist demnach in den vergangenen zehn Jahren um durchschnittlich mehr als 20 Prozent zurückgegangen. Selbst beim Feinstaub, der in besonders verkehrsbelasteten Gebieten weiterhin Sorge bereitet, sind die Werte in dieser Größenordnung gesunken. Erfreulich ist auch die Steigerungen der Energie- und Rohstoffproduktivität um 13 beziehungsweise über 30 Prozent. Auch der Flächenverbrauch habe in den vergangenen fünf Jahren um etwa ein Viertel abgenommen. Allerdings sei im vergangenen Jahr eine Stagnation eingetreten.



Künftige Schwerpunkte der Umweltpolitik seien Klimawandel, Gewässer- und Lärmschutz. Eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie für das Land solle außerdem den Weg für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung ebnen.

Insgesamt fünf Handlungsfelder mit herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Landes sollen dabei bearbeitet werden. Dazu zählten die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, der Erhalt der Lebensqualität, der gesamte Bereich Produzieren und Arbeiten, die Entwicklung von Städten und Regionen sowie die Energieversorgung im Land.

Umweltverbände präsentieren Forderungen an deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Das Forderungspapier ist als PDF-Dokument erhältlich unter: www.eu-koordination.de

Vertreter von Umweltorganisationen aus über 20 Ländern haben anlässlich einer internationalen Konferenz in Berlin die Bundesregierung aufgefordert, sich während ih-

rer EU-Ratspräsidentschaft für eine ökologisch nachhaltige Politik stark zu machen. In einem Positionspapier konkretisierten die deutschen Umweltverbände ihre Forderungen für das erste Halbjahr 2007.

Die Forderungen beziehen sich auf die drei Themenbereiche der Konferenz: Energie/Klima, Biodiversität und Verkehrspolitik. Unter anderem fordern die Umweltverbände:

- einen klaren Beschluss für ein europäisches Reduktionsziel für Treibhausgase von mindestens 30 Prozent bis 2020 (gegenüber 1990),
- eine ökologisch nachhaltige Ausgestaltung des Aktionsplans für europäische Energiepolitik,
- die Verwirklichung des Natura-2000-Netzes sowie
- rechtlich verbindliche CO₂-Grenzwerte für Pkw.



**Die Geschäftsstelle wünscht Ihnen
ein fröhliches und besinnliches Weihnachtsfest
sowie im Neuen Jahr
viel Freude an
und Erfolg im Einsatz
für Natur und Umwelt!**